

Gesetzentwurf

der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

Gesetz zur verpflichtenden Ermöglichung der Briefwahl bei Bürgerentscheiden

Vom ...

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1 **Änderung der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg**

In der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg vom 18. Dezember 2007 (GVBl.I/07, [Nr. 19], S. 286), die zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 10. Juli 2014 (GVBl.I/14, [Nr. 32]) geändert worden ist, wird in § 15 Abs. 6 der Satz 2 gestrichen.

Artikel 2 **Inkrafttreten**

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Begründung:

Die Möglichkeit der Briefwahl stellt ein wichtiges Instrument in der demokratischen Beteiligung der Bürger bei politischen Entscheidungsfindungen dar. Sie bietet Gewähr, dass ein größerer Teil der Bevölkerung an Wahlen oder Abstimmungen teilnehmen kann.

So erleichtert die Briefwahl Menschen mit Behinderungen oder auch Bürgern, die am Wahl- oder Abstimmungstag beruflich, urlaubsbedingt oder aus anderen Gründen abwesend sind, ihre Stimme abzugeben.

Das Institut der Briefwahl ist hinlänglich etabliert und aus der Möglichkeit der Wahlbeteiligung quasi nicht mehr wegzudenken. Tatsächlich machen auch immer mehr Menschen von dieser Option Gebrauch. Bei den verschiedenen Wahl- und Abstimmungsarten sind 10 - 20% Briefwähler zu verzeichnen.

Dabei ist es unstrittig, dass die Briefwahl nicht nur eine Erleichterung für jene, die sie in Anspruch nehmen, darstellt, sondern auch allgemein eine höhere Wahlbeteiligung bewirkt.

Datum des Eingangs: 23.02.2016 / Ausgegeben: 23.02.2016

Mit diesen Erkenntnissen ist der Zustand unvereinbar, dass die Kommunalverfassung bis heute die Möglichkeit bietet, bei kommunalen Bürgerentscheiden die Briefwahl auszuschließen. Dies stellt eine erhebliche Schlechterstellung der direktdemokratischen Beteiligungsform im Wege eines Bürgerbegehrens bzw. Bürgerentscheids dar.

Es ist absolut zeitgemäß und demokratisch geboten, wenn bei jedem kommunalen Bürgerentscheid eine Briefwahl regulär stattfindet. Dies ist zum einen aufgrund obiger Erwägungen zur Partizipationserweiterung - die hier genauso zutreffen - und zum anderen aufgrund des bestehenden 25-Prozent-Quorums erforderlich. Wenn schon bei Bürgerentscheiden ein recht hohes Quorum gilt - was bei den Wahlen der Vertretungen nicht der Fall ist -, dann ist nicht einzusehen, warum just bei diesen Bürgerentscheiden eine Briefwahl ausschließbar sein soll, während dies bei den Wahlen der Vertretungen nicht möglich ist.

Es stellt keinen Wert der kommunalen Selbstverwaltung dar, wenn die kommunale Meinungsbildung und Beteiligungsmöglichkeit der Bürgerschaft durch die Option des Ausschlusses der Briefwahl eingeschränkt wird.

Péter Vida
für die BVB / FREIE WÄHLER Gruppe